

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.381.768

Wien, am 18. August 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Fürst, Kolleginnen und Kollegen haben am 18. Juni 2020 unter der Nr. **2378/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Verstaatlichung der Stopp-Corona-App?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 11:

- *Wird die Bundesregierung bzw. Ihr Ressort Überwachungsapps, beispielsweise die Stopp-Corona-App, staatlich legitimieren um eine Zusammenarbeit mit US-Konzernen zu ermöglichen?*
- *Warum gibt es eine Zusammenarbeit zwischen den Entwicklern der Stopp-Corona-App und US-Konzernen, die laut Eigenangaben nur mit Behörden zusammenarbeiten?*
- *Inwiefern sind österreichische Behörden bei der Entwicklung der Stopp-Corona-App eingebunden?*
- *Inwiefern legitimieren österreichische Behörden die Stopp-Corona-App gegenüber US-Konzernen?*

- *Gab oder gibt es in Ihrem Ressort Überlegungen die Stopp-Corona-App zu kaufen bzw. in das österreichische Gesundheitssystem einzugliedern?*
 - a. *Wenn ja, wann?*
 - b. *Wenn ja, inwiefern?*
- *Inwiefern sind Vertreter besagter US-Konzerne bezüglich der Stopp-Corona-App an Sie herangetreten?*
- *Wurden Sie nach Ihrer Meinung bzw. Ihrem Einverständnis einer Exklusivkooperation zwischen den Entwicklern der Stopp-Corona-App und den besagten US-Konzernen gefragt?*
- *Inwiefern haben Sie sich für eine Zusammenarbeit der Stopp-Corona-App Entwickler und besagten US-Konzernen eingesetzt?*
- *Inwiefern beeinflussen Sie die ungewisse Weiterentwicklung der App bzw. werden dabei eingebunden?*
- *Gibt es in Ihrem Ressort Bedenken hinsichtlich der Fürsprache für eine App, deren Weiterentwicklung Sie nicht beeinflussen?*
 - a. *Wenn ja, inwiefern schließen Sie eine negative Weiterentwicklung aus?*
 - b. *Wenn nein, inwiefern werden Sie für etwaige Probleme Verantwortung übernehmen?*
- *Haben Unternehmen alternative Softwarelösungen zum Contact Tracing im Zusammenhang mit COVID-19 oder darüber hinaus angeboten?*
 - a. *Wenn ja, wann?*
 - b. *Wenn ja, welche Unternehmen?*

Die Bundesregierung hat keine „Überwachungs-App“ oder sonstige App zum Tracken von Bürgerinnen und Bürger geplant oder umgesetzt. Darüber hinaus weise ich darauf hin, dass die gestellten Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 8/2020, keinen Gegenstand meiner Vollziehung betreffen.

Sebastian Kurz

